Humanistische Union

Ordnungen der Ungleichheit

Ein aktueller Literaturbericht

aus: Vorgänge Nr. 168 (Heft 4/2004); S.65-76

„Welches ist der Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen, und ob sie durch das natürliche Gesetz autorisiert wird": Diese Preisfrage der Akademie von Dijon veranlasste Jean-Jacques Rousseau, seinen Diskurs über die Ungleichheit vorzulegen, der 1755 in Amsterdam erschien. Der damals in Paris lebende Denker war nicht der erste, der sich über dieses Problem den Kopf zerbrach - und sollte nicht der letzte sein. Doch seine Antworten sind bis heute die wirksamste Inspirationsquelle für eine Theorie der Gleichheit gewesen; fast alle späteren Versuche, sie politisch umzusetzen, glaubten sich in der Nachfolge des Aufklärers.

In der 1984 erschienenen bewundernswerten zweisprachigen Edition des damals 31jährigen Heinrich Meier kann man Rousseaus Ungleichheitsdiskurs am besten studieren, inklusive zahlreicher Fragmente und Briefe der Entstehungszeit:

Jean-Jacques Rousseau: Diskurs über die Ungleichheit. Discours sur 1'inegalite, kritische Ausgabe des integralen Textes, ed., übers. u, komm, v. Heinrich Meier, verbess. 5. Aufl. UTB (Schöningh): Paderborn u.a. 2001 [frz. 1755], 546 S., ISBN 3-8252-0725-0; 20,90 Euro

Rousseau ging vom natürlichen Menschen in seinem glücklichen Urzustand aus: Erst durch die Geschichte sei die Ungleichheit in die Welt gekommen. Durch die Entdeckung seiner eigenen Vervollkommnungsmöglichkeiten wäre der Mensch auf seinen eigenen Ehrgeiz, sich von anderen abzuheben, gestoßen, zumal durch stetig wachsende Anzahl der Menschen Konkurrenz aufgetaucht sei. Anerkennung durch andere entstünde nunmehr durch Besitz, jener Ungleichheit bewirkenden Ursünde. In seinem Contrat social (1762) entwickelte Rousseau dann die Idee vom Gesellschaftsvertrag, der die Unterschiede zwischen den Menschen wieder zu beheben vermöge. Doch der Diskurs über die Ungleichheit blieb für ihn das Werk, in dem seine Prinzipien „mit der größten Kühnheit, um nicht zu sagen Verwegenheit zu erkennen gegeben sind", wie Rousseau in seinen Confessions'späterschrleb.

Mehr als zweihundert Jahre später trat ein Werk seinen Siegeszug an, das die Theorie des Gesellschaftsvertrags auf seine Weise erneuerte. Der 2002 verstorbene, jahrzehntelang in Harvard lehrende John Rawls hatte 1971 seine Theory of Justice vorgelegt, die zum wirkungsmächtigsten, wenngleich umstrittenen philosophischen Buch der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde:

John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp: Frankfurt/Main 2003 [engl. 1971; dt. 1975], 674 S., ISBN 3-518-27871-1; 18 Euro

Für Rawls ergab sich eine gerechte Gesellschaft aus dem Zusammenklang strikter Gleichverteilung der Freiheitsrechte und einer Gleichverteilung der sozialen Güter, so eine Ungleichverteilung die Lage der sozial Schlechtgestelltesten nicht verbesserte. Dieses Rechtfertigungsgebot jeder Ungleichheit, „Differenzprinzip" genannt, gehört zu den bedeutendsten Denkfiguren der modernen politischen Philosophie.

In den drei Jahrzehnten nach Erscheinen seines Hauptwerks hat Rawls auf viele Einwände seiner Kritiker reagiert. Sie gingen 1993 in sein Buch Politischer Liberalismus ein, in dem er Gerechtigkeit eher politisch begründete statt zuvor moralphilosophisch. Im Jahr vor seinem Tod griff er dies in einer von ihm so

bezeichneten Weiterentwicklung seiner Theorie noch einmal auf:

John Rawls: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Suhrkamp: Frankfurt/Main 2003 [engl. 2001], 316 S., ISBN 3-518-58366-2; 24,90 Euro

Doch im wesentlichen finden sich hier Reformulierungen, Präzisierungen und Auseinandersetzungen mit seinen Kritikern – der Kern der Rawlschen Argumentation bleibt unverändert, wenn auch mit frischerem Farbanstrich versehen. Es ist wie zuvor der „Schleier des Nichtwissens" (Rawls) über die eigene Stellung, hinter dem sich die An-gehörigen einer Gesellschaft versammeln, um sich hier fair auf die gerechte Institutionenordnung zu einigen. Doch fällt die diesem Modell zugrundeliegende, gleichsam konstruktivistische Betonung des zur Erlangung von Gerechtigkeit nötigen Verfahrens akzentuierter aus als Jahrzehnte zuvor.

In Deutschland liefern sich philosophische Angreifer und Verteidiger der Gleichheit immer wieder ihre Scharmützel – auch wenn sie alle sich mehr oder weniger auf Rawls beziehen. Einer der kämpferischsten Attackierer, der in Kiel lehrende Philosoph Wolfgang Kersting (vgl. seinen Beitrag in diesem Heft), bezeichnete einmal Rawls' späte Wendung von der Gerechtigkeitstheorie hin zu einem politischen Liberalismus als „Hegelsche Kehre", da dieser in späteren Jahren die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen für Rechtsgleichheit und Allgemeinwohl betont hätte. Nun hat Kersting sieben Abhandlungen vorgelegt, die ein liberales Modell des Sozialstaats befördern wollen, das er dem seiner Meinung nach vorherrschenden egalitär ausgerichteten Sozialstaatsverständnis entgegensetzen will:

Wolfgang Kersting: Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral, Velbrück: Weilerswist 2002, 341 S., ISBN 3-934730-47-7; 40 Euro

Kerstings Sozialstaat, der neben den Rechtstaat tritt, soll weniger gleichheitsbefördernd, mehr freiheitssichernd ausgerichtet sein. Der Autor widmet sich den Notwendigkeiten einer gerechten Gesundheitsversorgung ebenso wie den Problemen zwischenstaatlichen Gerechtigkeitshandelns, dem er eine Verpflichtung zur Solidarität auferlegt, die auch andere kulturelle Herrschaftsbestände antasten dürfe. „Grenzziehung, Zurückweisung von Alleinvertretungsansprüchen und unangemessenen Verheißungen": so umschreibt Kersting seine klugen, inhaltlich sympathisch zurückhaltenden, dafür aber rhetorisch umso vehementer vertretenen Ideen. Lösungen stehen seltener im Mittelpunkt; eher geht es um die prinzipielle Klärung der normativen Voraussetzungen politischen Agierens liberaler Bürger und die Erlernung von Tugenden, um den Liberalismus, „diese komplizierteste Lebensform, die in der Weltgeschichte bislang entwickelt worden ist", gegen Fundamentalismus jedweder Couleur zu verteidigen.
Die Gegenseite sieht das ganz anders: „Gleichheit ist der Inbegriff der Gerechtigkeit" – mit diesem Fanal endet eine voluminöse, an der Berliner Freien Universität entstandene philosophische Habilitationsschrift, die minutiös zu belegen versucht, dass je-de Theorie der Gerechtigkeit auf die Idee der Gleichheit nicht verzichten darf:

Stefan Gosepath: Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines libertären Egalitarismus, Suhrkamp: Frankfurt/Main 2004, 507 S., ISBN 3-518-29265-X; 18 Euro

Der Autor vertritt hier einen Egalitarismus, der nach Gleichheit aus ethischen Gründen strebt: Denn bestimmte Ungleichheiten hätten unmoralische Konsequenzen, wohingegen Gleichheit moralische Ideale befördern würde. Gosepaths feinziselierte, trennscharfe Begriffsarbeit vollzieht sich in den luftigen Höhen des Geistes; der Zusammenhang zwischen Verteilungsgerechtigkeit, Grundfreiheiten, egalitären Prinzipien und den im Ausnahmefall zulässigen Ungleichheiten bleibt bei ihm zumeist ohne enge Verbindung zu den sozialen Gegebenheiten, Institutionen, individuellem Handeln und gesellschaftlichen Prozessen.
Wilfried Hinsch, Professor für Praktische Philosophie in Saarbrücken, wandelt eben-falls auf egalitären Pfaden: In seiner überarbeiteten Habilitationsschrift nimmt er mögliche soziale Ungleichheiten streng unter die Lupe. Er befindet eine Gesellschaft nur dann für gerecht, wenn den Schwachen ein an deren Bedürfnissen orientiertes Minimum an Ressourcen gesichert wird und zudem alle über

Bedürfnisbefriedigung hinausreichenden Güter so verteilt werden, dass die am wenigsten Begünstigten den größten Anteil bekommen:

Wilfried Hinsch: Gerechtfertigte Ungleichheiten. Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, de Gruyter: BerlinlNew York 2002, 341 S.; ISBN 3-11-017626-2; 29,95 Euro

Auch Hinsch unternimmt eine intensive Rawls-Lektüre im ersten Teil seines Buches, um im zweiten Teil ein komplexes System gerechtfertigter Ungleichheiten zu entwickeln, das – im Unterschied zu Rawls, der ja ein Modell des unwissenden Urzustands beschreibt, nach dem die Menschen sich auf (Un)Gerechtigkeitsgrundsätze einigen müssen – von der notwendigen öffentlichen Begründbarkeit dieser Ungleichbehandlung ausgeht.

Doch kann man sich heute Gerechtigkeit und Gleichheit in einer globalisierten, differenzierten Welt überhaupt annähern? Diesseits philosophischer Normendiskussionen kann da vielleicht der politische Begriff Solidarität weiterhelfen (vgl. zur linken Tradition des Begriffs den Beitrag von Gesa Reisz in diesem Heft). Hauke Brunkhorst, Professor für Soziologie an der Universität Flensburg, hat sich zuletzt mit der Solidarität beschäftigt:

Hauke Brunkhorst: Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft, Suhrkamp: Frankfurt/Main 2002, 247 S., ISBN 3-518-29160-2; 10 Euro

In einer kenntnisreichen Mischung aus systematischen Überlegungen und begriffsgeschichtlichen Betrachtungen plädiert der Autor dafür, Solidarität als inhärenten Bestandteil des modernen Demokratiebegriffs zu verstehen. Er zeigt, wie die beiden großen Inklusionsprobleme der Neuzeit – die soziale Frage und die zunehmende Trennung von Individuum und Gesellschaft – auf nationalstaatlicher Ebene durch Solidarität ein-gehegt wurden. Die eigentliche Herausforderung stehe uns jedoch noch bevor: die „Globalisierung demokratischer Solidarität". Deren widerstrebende Tendenzen in der Gegenwart veranschaulicht er an einer Fülle von Beispielen – in seinen recht leidenschaftlichen Argumentationen nicht immer frei von normativem Überschuss.
Im Januar 2004 machte sich eine gemeinsame Berliner Tagung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der dort angesiedelten Jungen Akademie sowie des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung auf die Suche nach der transnationalen Solidarität. In einem anregenden Sammelband, der den gängigen Vorurteilen gegenüber diesem Genre auf erfrischende Weise widerspricht, kann man die Ergebnisse nun nachlesen:

Jens Beckert u.a. (Hg.): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen, Campus: Frankfurt/Main 2004, 298 S., ISBN 3-593-37594-X; 19,90 Euro

Juristen, Soziologen, Politikwissenschaftler; Nachwuchswissenschaftler und international renommierte Gelehrte (u.a. Jürgen Habermas, Franz-Xaver Kaufmann, Christian Tomuschat, Wolfgang Streeck, Claus Offe, Herfried Münkler, M. Rainer Lepsius) diskutieren aus unterschiedlichen Perspektiven die Zusammenhänge von Weltmarkt und Solidarität, Möglichkeiten von NGOs bei globaler politischer Institutionalisierung, internationalen Abkommen als Solidaritätsgaranten, sozialstaatliche Solidarität und Umverteilungsprozesse im globalen Wettbewerb, Solidarität in Familien, die Aktivitäten bewaffneter Gruppierungen und islamischer Netzwerke und vieles andere. Die spannende Diskussion im Anschluss an das letzte Panel Braucht soziale Ordnung Solidarität? wird in Auszügen dokumentiert; eine Auswahlbibliographie rundet den Band ab.

Die drei Körper des Bürgers in der globalisierten Weltgesellschaft meint der in Tübingen lehrende Philosoph Otfried Höffe entdeckt zu haben und baut darauf seinen Versuch einer politischen Ethik:

Otfried Höffe: Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger. Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung,

C.H.Beck: München 2004, 309 S.; ISBN 3-406-52208-4; 22,90 Euro

Seine problemorientierte, gut lesbare Übersicht ist stets anschaulich, weil Höffe Bei-spiele diskutiert, die jeder aus der Zeitung kennt: u.a. Managergehälter, Eliteuniversitäten, Kopftuch, Türkei-Beitritt der EU, direkte Demokratie (die er ausbauen möchte), Präventivkriege, ökologische Fragen und US-Hegemonie. So entsteht eine philosophische Momentaufnahme unserer Gegenwart. Stellenweise erinnert der Text jedoch sehr an ein Sammelsurium kluger Gedanken. Zu Recht betont Höffe in einem Soziale Gerechtigkeit: ein politisches Zauberwort überschriebenen Abschnitt den zweiseitigen Charakter jeder Gerechtigkeitsbeziehung: „Wer nur Recht und Gaben in Anspruch nimmt, hat sich von der Gerechtigkeit verabschiedet".

Nach den großen philosophischen Entwürfen zu den irdischen soziologischen Theorien? Seit jeher wird jedenfalls innerhalb der Soziologie die Frage nach der sozialen Ungleichheit intensiv diskutiert. Einen Überblick über wesentliche Modelle, die die Ungleichheit in der modernen Gesellschaft erklären wollen, bietet Nicole Burzan: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 209 S., ISBN 3-531-14145-7; 17,90 Euro

Die seit dem 19. Jahrhundert entwickelten Klassen- und Schichtmodelle werden vorgestellt: von Marx, Weber, Theodor Geiger hin zu Schelsky und Dahrendorf. Im zweiten Teil widmet sich die Autorin den seit den 1980er Jahren diskutierten Ansätzen: dem Individualisierungskonzept Ulrich Becks, der Zusammenschau von Klasse und Lebensstil bei Pierre Bourdieu, Schichtungstheorien wie bei Rainer Geißler, Lebensstil- und Milieutheorien wie in Gerhard Schulzes Erlebnisgesellschaft (1992). Positiv hervorzuheben ist an dieser Einführung, dass die Konzepte hier nicht einfach nebeneinander stehen, sondern einzelne Aspekte im übergreifenden Zusammenhang diskutiert, Ideen gegeneinander abgewogen und verschiedene Fragen immer wieder aufgegriffen werden.

Zentrum und Peripherie sind die zentralen Begriffe in der 1992 erstmals vorgelegten Ungleichheitstheorie des in Halle lehrenden Soziologen Reinhard Kreckel, die nun in überarbeiteter Auflage erschienen ist:

Reinhard Kreckel: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 3. überarb. u. erw. Aufl. Campus: Frankfurt/Main 2004, 409 S., ISBN 3-593-37598-2; 19,90 Euro

Stärker als viele Kultursoziologien der Gegenwart bleibt Kreckel einem Klassenmodell verpflichtet, das die vertikalen Ungleichheiten, Asymmetrien zwischen Kapital und Arbeit sowie innerhalb der Geschlechterverhältnisse betont. Die Peripherie bilden dabei benachteiligte Lagen, in denen die Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Gütern eingeschränkt ist. Kreckel ergänzt die dritte Auflage um eine Ungleichheitsbilanz für das vereinte Deutschland sowie um einen Ausblick auf die Verteilungsungleichheiten der kommenden Weltgesellschaft.

Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft: Mit dem eher deskriptiven Modell der sozialen Lage hat Stefan Hradil, Professor für Soziologie in Mainz, in den letzten Jahren versucht, ein Konzept jenseits von Klassen- und Schichtentheorien zu entwickeln:

Stefan Hradil: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8. Aufl., UTB (Leske + Budrich): Opladen 2001, 546 S., ISBN 3-8252-1809-0; 13,90 Euro

Nach einer ausführlichen Einführung in Grundbegriffe und verschiedene Theorien der sozialen Ungleichheit sowie einem historischen Überblick über die Entwicklung von Ungleichheit unternimmt der Autor in diesem klassischen Lehrbuch durch die Unterscheidung und Untersuchung von Lebensbedingungen und Lebensweisen eine empirisch gesättigte Beschreibung der deutschen Gesellschaft seit 1945 bis in die Gegenwart – durchaus mit enzyklopädischem Anspruch, immer nah an der Lebenswelt.

Eine vergleichende Perspektive wählt Hradil in einer Mainzer Einführungsvorlesung, die er nun in

erweiterter Form als Buch präsentiert:

Stefan Hradil: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 304 S., ISBN 3-8100-4210-2; 24,90 Euro

Aufbauend auf einer allgemeinen Modernisierungstheorie blickt er auf den Weg der Industriegesellschaften des Westens. Schwerpunkt bleibt dabei Deutschland; ständig wer-den jedoch die Entwicklungen in anderen Länder mit einbezogen, unterstützt durch zahlreiche Diagramme und Tabellen: Eine rasche und umfassende Orientierung erhält man über Bevölkerungsentwicklung, Bildung, Lebensformen, Kultur, soziale Sicherungssysteme bis hin zum Vergleich von Formen sozialer Ungleichheit. Neuere Ansätze der Ungleichheitsforschung wurden 2002 auf einer Tagung in Rostock diskutiert, deren Ergebnisse man nunmehr in einem Sammelband studieren kann:

Peter A. Berger/Volker H. Schmidt (Hg.): Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 244 S., ISBN 3-8100-4200-5; 26,90 Euro

Raphael Beer betont die Bedeutung von Demokratie als politischer Voraussetzung im Kampf gegen Ungleichheit und Exklusion; ungleiche politische Beteiligungsmöglichkeiten seien daher zuallererst abzubauen. Volker H. Schmidt plädiert, ausgehend von einer Gewichtung von Ungleichheiten nach Rawls, für kontroverse, aber nicht unplausible sozialpolitische Konsequenzen: Umstellung der Sicherungssysteme auf Steuerfinanzierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes, um bisher Ausgeschlossenen Zugangschancen zu ermöglichen. Um sich über die Prinzipien von Ungleichheitsforschung zu einigen, schlägt Steffen Mau das Konzept einer Moralökonomie vor: als Impfstoff gegen eine einseitige Ökonomisierung der Gesellschaft. Dagegen sollten auch andere all-gemeine Normen und Werte mit in die Überlegungen einbezogen werden, weil verbreitete Einstellungsmuster deren Bedarf belegen würden.

Mit vier wichtigen theoretischen Modellen der Ungleichheitsforschung beschäftigt sich *Eva Barlösiüs*, Professorin am Wissenschaftszentrum in Berlin:

Eva Barlösius: Kämpfe um soziale Ungleichheit. Machttheoretische Perspektiven, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 255 S., ISBN 3-531-14311-5; 19,90 Euro

Ihr Buch versteht sich auch als Vertiefung des Einführungsbandes von Nicole Burzan; sie konzentriert sich hier jedoch – nach ausführlichen Vorüberlegungen zu den Fragen, die die Ungleichheitssoziologie stellen und beantworten sollte – auf die Theorien von Norbert Elias, Reinhard Kreckel, Pierre Bourdieu und Niklas Luhmann, um am Ende deren unterschiedlichen Folgerungen grundsätzlich zu vergleichen. Verdienstvoll ist hier vor allem ihre Rehabilitierung von Norbert Elias als Theoretiker der Ungleichheit mit dessen zu Unrecht weitgehend vergessener Etablierte-Außenseiter-Figuration, in der dieser 1964 die Ungleichheit gesellschaftlicher Machtbeziehungen beschrieb.

Soziale Schließung umschreibt einen Ansatz, der in der Nachfolge Max Webers stärker als der klassische Begriffe Exklusion den prozesshaften Charakter von sozialen Ausschlussmechanismen betont. Diese können sich im Laufe der Zeit verstärken oder abschwächen sowie unterschiedlich weit reichen. Die im überaus gelungenen, weil in seiner Zusammenstellung überzeugenden Sammelband

Jürgen Mackert (Hg.): Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analysen, Perspektiven, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 275 S., ISBN 3-8100-3970-5; 29,90 Euro

So untersuchte u.a. Sighard Neckel politische Ethnizität in den USA, der Herausgeber Schließungsmechanismen in Staatsbürgerschaftskonzepten, June Edmunds und Bryan Turner analysieren die Schließungen in Großbritannien seit 1945 und deren Wirkungen auf die verschiedenen Generationen. Loic Wacquant entdeckt eine fortgeschrittene Marginalität großer Bevölkerungskreise als Kennzeichnen

moderner Großstädte beiderseits des Atlantiks.

Welche Verbindungen bestehen zwischen Generationen und sozialer Ungleichheit? Ein Sammelband, der auf eine Tagung im Frühjahr 2003 zurückgeht, stellt verschiedene Überlegungen vor:

Marc Szydlik (Hg.): Generation und Ungleichheit, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 276 S., ISBN 3-8100-4219-6; 24,90 Euro

Olaf Struck unternimmt nochmals einen Ausflug in die scheinbar ewig reizvollen Gefilde der verschiedenen Generationentheorien im Gefolge Karl Mannheims, um dann Kohortendominanzen als Ursache für Generationsbildung herauszuarbeiten. Die Weitergabe von Bildung zwischen den Familiengenerationen spielt bei der Frage nach Ungleichheitsdimensionen eine entscheidende Rolle: das belegen die Aufsätze über den Einfluss der Herkunft auf die Wahl des Schultyps, den Zusammenhang von Bildung und Erwerbstätigkeit bei jungen Migranten sowie über den Zeitpunkt des Auszugs aus dem Elternhaus im Vergleich verschiedener Generationskohorten. Bemerkenswert ist sicherlich der Beitrag von Martin Schmeiser über sozialen Abstieg in Akademikerfamilien im Genetationenwandel.

Die Agentur zur Ungleichheitsbereinigung hat traditionell einen Namen: Sozialstaat. Doch allenthalben wird dessen Überlastung, Überdehnung respektive Aushöhlung und Abschaffung beklagt. Welchen Ansprüchen kann er noch gerecht werden? Einen trotz enormer Faktenfülle brillanten Überblick über das historische Werden des Sozialstaats hat der Bielefelder Emeritus für Sozialpolitik und Soziologie Franz-Xaver Kaufmann verfasst:

Franz-Xaver Kaufmann: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Suhrkamp: Frankfurt/Main 2003, 329 S., ISBN 3-518-12301-7; 12 Euro

Der deutsche Weg wird dort mit anderen nationalen Entwicklungen verglichen: mit den USA, der Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und Schweden. Dabei werden die Unterschiede sehr deutlich: Die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme ist abhängig von kulturellen Traditionen, der jeweiligen Stärke der Arbeiterbewegung, dem Verhalten gesellschaftlicher Eliten ebenso wie allgemeinen Loyalitätsbedürfnissen des Staates. Für den deutschen Fall entpuppt sich vor allem die Trennlinie von Bildungs und Sozialpolitik als schwerwiegende Belastung. Nach der Lektüre erkennt man deutlicher als zuvor, dass das angebliche „europäische Sozialstaatsmodell" (meist in Abgrenzung zum angelsächsischem „Manchesterkapitalismus" beschworen) eine Fiktion ist, weil es die bestehenden Trennlinien verwischt. Ein künftiger europäischer Sozialstaat setzt in den nationalen Wohlfahrtsstaatskulturen beträchtliche, ungewohnte und auch unangenehme Veränderungen voraus.

War der Sozialstaat die konkrete Utopie der alten Bundesrepublik, nachdem 1945 der Nationalstaat verloren war? Vieles spricht dafür, dass ein Großteil der westdeutschen Identität auf dem funktionierenden, sich immer weiter entwickelnden Sozialstaat beruhte. Die Tübinger Zeithistorikerin Gabriele Metzler schaut auf diese spezifisch deutsche Geschichte zurück, von den Anfängen unter Bismarck bis zu Gerhard Schröder:

Gabriele Metzler: Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall, DVA: München 2003, 269 S., ISBN 3-421-05489-4; 22,90 Euro

Ob Diktatur oder Demokratie: Für alle politischen Systeme in Deutschland seit dem Kaiserreich war der Sozialstaat von entscheidender Bedeutung. Gesellschaftliche Integration sollte durch die Einebnung der Klassenunterschiede geleistet werden – damit das politische System erhalten blieb. Das gilt auch für den Nationalsozialismus: Euthanasie und Zwangssterilisation waren hier Bestandteil einer angestrebten „Endlösung der sozialen Frage" (Götz Aly). Der seit Bismarck existierende paternalistische Grundzug deutscher Sozialstaatlichkeit erweist sich bis in die Gegenwart als Belastung, so die Autorin. Sie sieht den „Sozialstaat konservativer Prägung" von der Globalisierung bedroht und setzt ihre Hoffnungen auf andere

Traditionen, die im Zuge der europäischen Einigung wirken könnten.

Durch einen deutsch-französischen Vergleich versuchte eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern aus beiden Ländern, Antworten auf die Krise des Sozialstaats zu finden:

Wolfgang Neumann (Häg.): Welche Zukunft für den Sozialstaat? Reformpolitik in Frank-reich und Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 264 S., ISBN 3-531-14424-3; 39,90 Euro

Auf ersten Blick scheinen beide Länder zur gleichen Familie – den „Sozialversicherungsstaaten" – zu gehören. Doch der genaue Blick, den die einzelnen Beiträge leisten, offenbart auch gewichtige Unterschiede: Frankreich setzt neben der Absicherung des beruflichen Status (das Bismarck-Modell) auch stark auf die Fürsorgekonzepte (das Beveridge-Modell; zu Beveridge vgl. auch den Beitrag von Matthias Bohlender in diesem Heft). Es wird deutlich, dass die Reformansätze in beiden Ländern, die in den letzten zwanzig Jahren entwickelt wurden und allmählich umgesetzt werden, in der Perspektive zu einem anderen, neuen Sozialstaatsverständnis führen: Privatisierung und stärkere Einbeziehung des Steuerstaates sind die Folge, hier im einzelnen vergleichend untersucht hinsichtlich der Rentensysteme, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Gesundheitspolitik, Familienpolitik und sozialen Mindestsicherungen.

Wer sich umfassend sowohl über die Geschichte der deutschen Sozialpolitik (und deren institutionelle Ausprägung Sozialstaat) als auch über die sozialpolitischen Probleme und Methoden informieren möchte, der greife zu dem ausgezeichneten Kompendium

Jürgen Boeckh/Erich Huster/Benjamin Benz: Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung, UTB (VS Verlag für Sozialwissenschaften): Wiesbaden 2004,

464 S., ISBN 3-8252-2558-5; 24,90 Euro Keine Frage bleibt hier unbeantwortet: Man wird ebenso umfassend über die Bettel -ordnungen in deutschen Städten im 14. Jahrhundert informiert wie über die Leistungsumfänge der Gesetzlichen und der Privaten Krankenversicherung. Selten ist der Moloch Sozialstaat so einfach zugänglich gewesen: Auf den 140 seitigen historischen Überblick folgen 200 Seiten Einführung in die ideellen Grundlagen, staatlichen Instrumente sowie in die einzelnen Politikfelder Arbeitsmarkt, Gesundheit/Pflege, Familie, Altersversicherungen, aber auch Verteilungswirkungen. Anschließend wird die europäische Politik im „Sozialraum" Europa in den Blick genommen und zum Schluss noch einmal die Rolle der Sozialpolitik gegen ihre Kritiker verteidigt: Sie sei Friedenssicherung „im Inneren und außen" (Willy Brandt).

Knapper fällt die Überblicksdarstellung

Bernhard Frevel/Berthold Dietz: Sozialpolitik kompakt, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 241 S., ISBN 3-531-13873-1;16,90 Euro aus, die explizit für Weiterbildung sowie für Studenten geschrieben wurde. Themen und Gliederung ähneln dem vorher vorgestellten Band; ergänzt um einen abschließenden vergleichenden Abschnitt, der die verschiedenen Formen von Wohlfahrtstaaten präsentiert. Für eine erste Lektüre mag das sehr didaktisch gehaltene Buch geeignet sein; wer es genauer wissen will, kommt um die (leider wenigen) weiterführenden Literaturhinweise nicht herum.

Zunehmende Marginalisierung und das Ende des sozialpolitischen Grundkonsenses - „was hat das alles mit Luhmanns Systemtheorie zu tun?" So fragen die Herausgeber des Sammelbandes Roland

MertenlAlbert Scherr (Hg.): Inklusion und Exklusion in der Sozialen Arbeit, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 192 S., ISBN 3-8100-3710-9; 24,90 Euro

Luhmann hat, was erstaunlicherweise immer noch häufig übersehen wird, mit seiner Inklusions/Exklusion-Terminologie wichtige Stichworte für die Debatten um soziale Ungleichheit geliefert. Die Autorinnen und

Autoren setzen sich mit den systemtheoretischen Perspektiven auf Chancen und Grenzen Sozialer Arbeit auseinander – was zu-meist, wie nicht anders zu erwarten, eine durchaus komplexe Angelegenheit ist. Von einer unter theoretisierten Sozialarbeit bzw. -pädagogik kann man zumindest nach der Lektüre dieses Buches nicht mehr sprechen. Frank Hillebrand glaubt, dass Luhmanns Begriffe für eine Theorie sozialer Ungleichheit nicht wirklich helfen und man mit Bourdieu da weiterkommt. Inklusionsmechanismen von Familie und Sozialarbeit vergleicht Bettina Hünersdorf, Praktische Sozialarbeit hat in den letzten Jahrzehnten eine immense Ausdehnung erlebt, was sich in Theoriebemühungen ebenso niederschlägt wie in hilfreichen empirischen Studien. Die Lebenschancen junger Menschen in den sozialen Brennpunkten großer deutscher und französischer Städte untersucht eine schmale Studie des Soziologen Markus Ottersbach:

Markus Ottersbach: Jugendliche in marginalisierten Quartieren. Ein deutsch-französischer Vergleich, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2004, 133 S., ISBN 3-531-14299-2; 14,90 Euro

Ausgrenzungsprozesse und Abstiegsentwicklungen betreffen vor allem junge Menschen; es verbreitet sich Hoffnungslosigkeit, verstärkte Kriminalität und Gewaltbereitschaft. In beiden Ländern wird durch verschiedene staatliche Programme versucht, diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Der Autor warnt jedoch vor einer rein defizitären Wahrnehmung der Probleme; das würde eine spiralförmige Abwärtsentwicklung weiter verstärken. Demgegenüber müssten Aktivitätspotenziale vor Ort gestärkt werden; Selbstorganisationsformen und politische Partizipation könnten durchaus gefördert werden.

Ähnliche Probleme schildert ein materialreicher Sammelband, der auf eine gemeinsame Tagung der Schader-Stiftung und der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im April 2004 zurückgeht:

Uwe-Jens Walther/Kirsten Mensch (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt". Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand, Schader-Stiftung: Darmstadt 2004, 312 S., ISBN 3-932736-13-3; 13 Euro

Interessante Fallstudien schildern die sozialen Brennpunkte und Gegenstrategien: Migrantenviertel werden porträtiert, die Armutsstrukturen in Eisenhüttenstadt analysiert, Quartiersmanagement und neue Partizipationsformen als Antiarmutskonzepte vorgestellt. Daneben gibt es zwei Seitenblicke nach Großbritannien und Frankreich; im umfangreichen letzten Abschnitt stehen die Evaluationsergebnisse des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt" im Mittelpunkt (vgl. auch vorgänge 165 „Zwischen Krise und Kreativität: Die Stadt im Wandel"). Stadtsoziologische Deutungen finden sich hier ebenso wie praktische politische Folgerungen.

Szenenwechsel zum Schluss: Eine Laune des Schicksals hat dazu geführt, dass in dem Moment, als dem traditionsreichen Kursbuch von Rowohlt-Verleger Alexander Fest die Solidarität aufgekündigt wurde, gerade ein Heft unter dem Titel Die große Entsolidarisierung produziert wurde:

Kursbuch 157: „Die große Entsolidarisierung" (September 2004), Rowohlt Berlin: Berlin, 165 S., ISBN 3-87134-157-6; 10 Euro
Unter diesen Umständen ist es verzeihlich, dass es nicht das inspirierteste Heft geworden ist. Doch vielleicht spiegelt sich in Inhalt und Komposition nur die allgemeine gesellschaftliche Unsicherheit wider, mit der man ratlos auf die Krise in Deutschland reagiert. Unverständlich ist zum Beispiel, was hier der Beitrag von Hermann Scheer über das Scheitern der Internationalen Konferenz über Erneuerbare Energien zu suchen hat. Das gilt auch für Herfried Münklers Text über das Verhältnis von Militär und Gesellschaft nach dem absehbaren Ende der Wehrpflicht; gewollt witzig erscheint Paul Noltes Glossar des Reformvokabulars.

Originell dagegen ist der Text der Kulturwissenschaftlerin Claudia Schmölders über den scheinbar gemeinschaftsstiftenden Charakter jedweden Kanons, klug auch die Beobachtungen der ostdeutschen FAZ-Redakteurin Regina Mönch, die die Fehlwahrnehmungen ihrer östlichen Landsleute offenlegt: „Seltsam wurzellos schwebt diese Übergangsgesellschaft durchs Leben." Doch im ganzen wollen die spielerischen Stärken dieser Zeitschrift bei diesem ernsten Thema offenbar nicht so recht zum Zuge kommen. Schöner

Scheitern im Deutschland der Gegenwart: 15 zumeist Berliner Jungunternehmer haben dem Autor Ingo Niermann ihre Lebensgeschichten erzählt, die allesamt vorerst mit ökonomischen Niederlagen endeten:

Ingo Niermann: Minusvisionen. Unternehmer ohne Geld. Protokolle, Suhrkamp: Frankfurt/Main 2003; 299 S., ISBN 3-518-12327-0; 12 Euro.

In diesen heiter-melancholischen Protokollen erlebt man noch einmal die kleinen und großen Träume und Pleiten jener seltsam fern zurückliegenden New-Economy-Ära. Natürlich steckt im biographischen Auf und Ab, das hier in verschiedenen Variationen zu erleben ist, enorme Kraft und Kreativität, die verbrannt werden. Ob man jedoch die Ansammlung zerplatzter Hoffnungen westdeutscher Wohlstandkinder gleich als „euphorisches Buch" (Süddeutsche Zeitung) umschreiben kann, sei hier bezweifelt. Vielleicht schärft aber die Abstiegserfahrung auf längere Sicht wieder den Sinn für die Schattenseiten unserer Gesellschaft; vielleicht erhält so die am eigenen Leib verspürte Ungleichheit rückblickend ihren Sinn.

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/168-vorgaenge/publikation/ordnungen-der-ungleichheit/
Abgerufen am: 01.11.2026